

Wolfgang Schumann (Berlin)

## PROBLEME DER DEUTSCHEN AUSSENWIRTSCHAFT UND EINER „EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSPLANUNG“ 1943/44

Über Probleme der Quantität und Effektivität der faschistischen deutschen Kriegswirtschaft ist bereits ausführlich geschrieben worden. Breiten Raum nimmt in diesen Forschungen die wirtschaftliche Ausplünderung der okkupierten Gebiete und der mit Hitlerdeutschland verbündeten Staaten ein. Leider zu wenig beachtet wurden, auch in der Geschichtswissenschaft der DDR, die Probleme des institutionellen Mechanismus, durch den die Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsstrategie des deutschen Imperialismus in Gang gesetzt oder überhaupt erst initiiert und konzipiert wurde. Die Frage lautet: Wer waren die Personen, Interessengruppierungen, Klassenkräfte und Institutionen staatlicher oder privatwirtschaftlicher Provenienz, die Politik entworfen und umgesetzt haben? Welche Absichten und Ziele haben sie verfolgt, wer hat am meisten davon profitiert, und zwar im weitesten Sinne, nicht nur im Hinblick auf die Erzielung eines Maximalprofits. Aus neueren Forschungen über die deutsche Kriegswirtschaft in den Jahren 1943 - 1945 soll hier versucht werden, erste Ergebnisse vorzulegen, die allerdings nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben können, weil die Arbeiten noch nicht abgeschlossen sind.

Als Hitler am 19. Mai in einer Besprechung mit Rosenberg entschied, es werde in der Okkupationspolitik und in den Beziehungen zu den verbündeten und abhängigen Ländern eine „milde Tour“ nicht geben<sup>1</sup>, waren die wichtigsten Fragen der wirtschaftlichen Beziehungen Hitlerdeutschlands zu den okkupierten Gebieten und abhängigen Staaten Europas nach wie vor in der Schwebe. Terror und rücksichtslose Ausplünderung hatten zwar extensiv zu steigenden Ausfuhrzahlen nach Deutschland geführt, jedoch bei weitem nicht das große Wirtschaftspotential dieser Länder für die deutsche Kriegswirtschaft intensiv genutzt. Im Sommer und im Herbst 1943 hatte sich die militär-strategische Lage zu Ungunsten der deutschen Wehrmacht entwickelt.

---

<sup>1</sup> Zentrales Staatsarchiv (im folgenden ZStA) Potsdam, Film Nr. 10 975; Aktennotiz Hewel vom 24. 5. 1943 für Ribbentrop über die Besprechung zwischen Hitler und Rosenberg am 19. 5. 1943.

Auch für viele eingeweihte Industrielle und Bankiers zeichnete sich ab, daß der Krieg militärisch nicht mehr zu gewinnen wäre. Die Niederlage in der Schlacht im Kursker Bogen und der Rückzug der deutschen Truppen hinter den Dnepr machten deutlich, daß die Wehrmacht die strategische Initiative nicht zurückgewinnen konnte. Das Ausscheiden Italiens aus dem Krieg und die Landung der westlichen Alliierten auf Sizilien und bei Salerno eröffnete zwar noch nicht die befürchtete zweite Front in Westeuropa — die Großlandung in Frankreich — aber aus der Tatsache, daß der U-Boot-Krieg im Atlantik im Mai 1943 hatte eingestellt werden müssen, ließ sich ablesen, daß die Invasion in absehbarer Zeit bevorstand. Die sich steigernden Bombenoffensiven der anglo-amerikanischen Luftstreitkräfte bei Nacht und bei Tage waren ein sicheres Vorzeichen dafür. Die OKW-Weisung Nr. 51 vom 3. November 1943, nach der zur Verteidigung der „Festung Europa“ die Front im Osten möglichst gehalten, eine militärische Zentralreserve gebildet und Vorbereitungen für die Abwehr einer Invasion im Westen getroffen werden sollten, war das militär-strategische Fazir aus den Überlegungen der militärischen deutschen Führung im Herbst 1943.

Auf dem Gebiet der Kriegswirtschaft machten sich ähnliche neue Überlegungen und Maßnahmen erforderlich. Die seit Anfang des Jahres, nach der Stalingrader Schlacht, angelaufenen Maßnahmen zur „totalen“ Mobilisierung erfuhren durch den Erlaß Hitlers vom 2. September 1943, mit dem alle Regulierungsvollmachten in der Rüstungswirtschaft und in der zivilen Produktion an Speer und das Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion übergingen, eine neue Stufe. Ein weiterer Geheimerlaß Hitlers vom 5. September dehnte die Vollmachten des Rüstungsministers auf alle besetzten Gebiete, die zum sogenannten Großdeutschen Reich gehörten, aus; in den übrigen besetzten Gebieten konnte Speer Weisungen an die Okkupationsbehörden, einschließlich den Militärbefehlshabern, erteilen<sup>2</sup>. Der „Erlaß über die Aufgabenverteilung in der Kriegswirtschaft“ vom 29. Oktober 1943 bildete schließlich den vorläufigen Abschluß dieser neuen Phase der Machtkonzentration und des organisatorischen Umbaus der deutschen Kriegswirtschaft vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden militärischen Niederlage an allen Fronten.

In dieser Situation, gekennzeichnet einerseits durch die äußerst weitgehende Zusammenfassung staatsmonopolistischer Regulierungsgewalt und wachsende Produktionsziffern in der Rüstungsproduktion, andererseits durch vernichtende militärische Niederlagen und Rückschläge, enorme Menschen- und Materialverluste sowie durch eine wachsende Erschöpfung der Produktions- und Arbeitskräftekapazität in Deutschland, tauchte erneut der Gedanke auf, das europäische Wirtschaftspotential noch mehr als bisher so

<sup>2</sup> Bundesarchiv (im folgenden BA) Koblenz, R. 3/1508, Bl. 51 f.; Führer-Besprechung vom 11./12. 9. 1943.

vollständig wie möglich in den Dienst der deutschen Kriegswirtschaft zu stellen.

Schon wenige Tage nach seiner Einsetzung als Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion — eine Funktion, mit der das von ihm geleitete Ministerium wesentliche Aufgaben des Reichswirtschaftsministeriums mit übernommen hatte — bekam Speer Hitler's Zustimmung zu seinem Vorschlag, „eine europäische Produktions-Planung“ durchzuführen, „unter Umständen durch Schaffung eines Produktionsbüros“. Hitler nahm es in diesem Zusammenhang als selbstverständlich an, „daß Deutschland als führende Macht Europas auch in der Produktionsplanung die eindeutige Führung in der Hand behält“<sup>3</sup>. Bereits Anfang Dezember 1942 hatte der Chef des Heereswaffenamtes, General Emil Leeb, in einer Denkschrift vorgeschlagen, eine „Europäische Waffenkommission“ oder einen „Europäischen Waffenausschuß“ zu bilden. Und seit April 1943 lief die Aktion „Europaplanung Eisen“, durch welche die Möglichkeiten der Produktionssteigerungen im Kohle- und Erzbergbau, bei Schrottaufkommen, in den Kokereien, Hochöfen und Stahlwerken untersucht werden sollte<sup>4</sup>.

Anfang September 1943 verfaßte der im neugeschaffenen Planungsamt des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion tätige Oberregierungsrat Arnold Köster einen „Vorschlag zur Mobilisierung der europäischen Wirtschaftsreserven“ sowie eine Studie über „Europäische Wirtschaftsplanung“<sup>5</sup>. Am 13. September folgte eine „Denkschrift betreffend Europäische Wirtschaftsplanung“<sup>6</sup>. Köster war der Ansicht, daß neben der Entwicklung des U-Boot-Krieges insbesondere „die ständig sinkende Ausbeute an Rohstoffen und sonstigen Wirtschaftsgütern aus den besetzten russischen Gebieten“ die „ungeteilte Aufmerksamkeit“ der deutschen Wirtschaftslenkung erfordere, denn, außer im Osten, habe man in den anderen besetzten Gebieten sich noch immer nicht entschließen können, „den Krieg auf lange Sicht zu organisieren“. Ebenso seien die Leistungen der verbündeten Länder unbefriedigend. An einer Organisation für „praktische europäische Wirtschaftsplanung“ habe es bisher genauso gefehlt wie an einer „europäischen Wirtschaftspolitik“. Köster schreibt: „Die Entwicklung der Produktivkräfte und ihre direkte und indirekte Nutzbarmachung für uns steht im Vordergrund. Aber auch die Mobilisierung der vorhandenen Exportmöglichkeiten, insbesondere in den besetzten Gebieten (z. B. Erfassung stillgelegter Maschinen usw.), sollte systematisch im Rahmen eines Gesamtplanes erfolgen, um auf diese Weise

<sup>3</sup> *Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges.* hrsg. und eingel. von Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann, Berlin 1969, S. 412 ff., Dok. 218.

<sup>4</sup> BA Koblenz, R 3/1791, Bl. 195 ff.

<sup>5</sup> Ebenda, R 3/1941, Bl. 188 ff.

<sup>6</sup> Ebenda, Bl. 182 ff.

nicht nur zusätzliche Rohstoffe und Devisen heranzubringen, sondern auch um diejenigen Länder begünstigen und anreizen zu können, die unsere Wünsche nach zusätzlicher Rüstungsproduktion zu erfüllen in der Lage sind".

Köster schlug im Einvernehmen mit Kehrl, dem Leiter des Planungsamtes, vor, zunächst eine „Arbeitsgemeinschaft für europäische Wirtschaftsplanung beim Planungsamt" zu bilden, in dem offiziell alle grundsätzlichen Fragen europäischer Planung besprochen werden sollten. In seiner Denkschrift vom 13. September 1943 erläuterte Köster die Bildung eines „Planungs-Stabes Europa" dann eingehender. Deutlicher werden auch die politischen und wirtschaftlichen Ausgangspunkte: Deutschland habe die besetzten Gebiete — mehr oder weniger planvoll — zwangsweise ausgenutzt (Rohstofferausgangspunkt, Maschinenabtransport, Arbeiterabzug, Lebensmittellieferaufträge usw.). Daraus wären entstanden: „die Verstimmung gutwilliger Elemente", „zunehmender Haß" der Bevölkerung, „passive Resistenz und Sabotage" sowie ein Anwachsen des Schwarzen Marktes und die Fluchten von Zwangsarbeitern. Auch die Liefermöglichkeiten der befreundeten und verbündeten Länder seien durch „weitgehend planlose Käufe rücksichtslos ausgenutzt" worden. Während es in Deutschland an Arbeitskräften, Werkzeugen und Unterkünften mangle, verfügten die befreundeten und neutralen Länder über „freie, hochwertige Fertigungsstätten, reichliche Arbeitskräfte, hochqualifizierte Fachkräfte, Ingenieure usw., ungenutzte elektrische Energie, wichtige Rohstoffe wie Wolfram, Bauxit, Holz usw.". Aber Deutschland, „das auf Grund seiner Opfer und seiner wirtschaftspolitischen Machtstellung die Führung in Europa beanspruchen sollte", sei ein „zweifelhafter Schuldner" geworden und biete „entwürdigende Sicherheiten (deutsche Beteiligungen, Nachkriegs-Lieferverträge usw.)", um die rüstungswirtschaftlichen Möglichkeiten dieser Länder für die „europäische Kriegführung" nutzbar zu machen. Eine erfolgreiche Verteidigung der „Festung Europa" erfordere aber den „einheitlichen Einsatz aller militärischen Machtmittel" und den „planvollen und schnellen Einsatz aller europäischen Wirtschaftskräfte".

Diese notwendige Mobilisierung der Wirtschaftskräfte bedinge eine „europäische Wirtschafts-Planung unter deutscher Führung". Der „Planungsstab Europa" sollte deshalb folgende Aufgaben haben: 1. Die Mobilisierung der „für eine europäische Wirtschafts-Führung wertvollen und aufgeschlossenen Kräfte in den außerdeutschen Staaten"; 2. die Ermittlung und Vermittlung der „Austausch- und Einsatz-Möglichkeiten der rüstungswirtschaftlichen Kräfte der europäischen Staaten" und 3. die Nutzbarmachung der „Privatinitiative über die Landes-Grenzen hinaus zur Stärkung des europäischen Rüstungs- und Wirtschaftspotentials", d.h. die Initiative der Industrie und Banken mit ihren staatsmonopolistischen Institutionen selbst. Besonders qualifizierte, führende Persönlichkeiten aus der deutschen Wirtschaft sollten als Spezialbearbeiter für einzelne Länder eingesetzt werden. Vorgesehen war,

Ländergruppen und spezielle Arbeitskreise zu bilden sowie Sachgebietsforschungen zu betreiben.

Schon aus diesen ersten Dokumenten vom September 1943 wird das unverzügliche Reagieren führender Wirtschaftsexperten auf die veränderte strategische Situation Hitlerdeutschlands sichtbar. Daß auch andere Kreise der Wirtschaft, nicht nur das Speer-Ministerium, in gleicher Weise reagierten, zeigte ein Vortrag von Prof. Heinrich Hunke am 16. September 1943 vor der Gesellschaft der Berliner Freunde und dem Wirtschaftsrat der Deutschen Akademie. Hunke, langbewährtes NSDAP-Mitglied mit vielen Verbindungen in der Parteihierarchie, Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung Ausland im Goebbels-Ministerium, Präsident des Werberates der deutschen Wirtschaft und Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG sprach über das Thema „Die Kernfragen des wirtschaftspolitischen Kampfes in der Gegenwart“ und formulierte in zehn Thesen die „Postulate der neuen deutschen und europäischen Wirtschaftspolitik“<sup>7</sup>. Nun konnte Hunke nicht so frei formulieren, wie das Köster in seinen internen Papieren tun konnte, dennoch hob auch Hunke den deutschen „Ordnungs- und Führungsauspruch in Europa“ deutlich hervor, der nach seiner Meinung „Ausdruck der deutschen Volksgröße und der deutschen Leistung für die Sicherheit des Kontinents“ sei. Entsprechend dem „Grundsatz der europäischen Lebensgemeinschaft“ sei die gegenüber den europäischen Nationen erhobene politische Forderung lediglich eine Minimalforderung: Sie erstrebe wirtschaftliche und militärische Sicherheit, d.h. sie verlange „jederzeitigen Zugang zu den lebenswichtigen Gütern und Ausschöpfung der Produktivkräfte Europas zur gemeinsamen Verteidigung“. Hunke wies energisch den Vorwurf, der in der „Öffentlichkeit in Europa von den zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen“ entstanden sei, zurück, „Deutschland lebe von der Ausplünderung Europas“. Die „europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ beruhe vielmehr auf der „Anerkennung des Prinzips der Gegenseitigkeit und dem Grundsatz der Dauer in den zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen“. Die bestehende Clearingpassivität beruhe allein auf der Tatsache, daß „Deutschland für ganz Europa den Kampf gegen raumfremde Mächte“ führe. Auch Hunkes wirtschaftspolitische Thesen verfolgten also das Ziel, die Ressourcen der besetzten, verbündeten und neutralen Länder in der sogenannten Festung Europa unter der Lösung einer „europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ für die weitere Kriegführung zu nutzen. In einem weiteren Papier aus dem Planungsamt vom 19. Oktober, betitelt „Ideen zur europäischen Wirtschaftsplanung“ wird ausdrücklich auf die Thesen Hunkes für die „allgemeine Propaganda einer europäischen Wirtschaftsgesinnung“ verwiesen<sup>8</sup>.

<sup>7</sup> ZStA Potsdam, IG Farbenindustrie AG, Nr. 1431.

<sup>8</sup> BA Koblenz, R 3/1941, Bl. 178.

Am 16. Dezember 1943 tagte das „Europakränzchen“ Kehrls, später auch „Europakreis“ genannt, zum ersten Mal im Berliner Hotel Esplanade. Nach den bis jetzt aufgefundenen Unterlagen haben bis zum September 1944 sieben Sitzungen stattgefunden<sup>9</sup>. Geleitet wurden die Sitzungen von Kehrl selbst, meist aber von Karl Blessing, Direktor und Vorstandsmitglied der unter dem Einfluß der Deutschen Bank stehenden Continentale ÖL AG. An den Besprechungen nahmen, neben Mitarbeitern des Planungs- und Rüstungsamtes des Speer-Ministeriums u.a. an verschiedenen Sitzungen teil: Hermann Josef Abs (Deutsche Bank AG), Karl Rasche (Vorstandsmitglied der Dresdner Bank AG), Hans Fischböck (Vorsitzer des Vorstandes der Creditanstalt Bankverein Wien), August Rhodewald (Reichskreditgesellschaft AG) und Karl Lindemann (Vorsitzer des Aufsichtsrates der Norddeutsche Lloyd). Die Tätigkeit des „Europakreises“ befaßte sich im wesentlichen mit drei Problemen:

1. Mit der Ausarbeitung von Übersichten (sogenannte numerierte Sonderaufträge) über spezielle Fragen<sup>10</sup>. Von solchen Sonderaufträgen konnten bisher 16 ermittelt werden; z. B. Schwergewichtsverlagerungen in der amerikanischen und britischen Rüstungsproduktion; Großraumplanung und Europaplanung, unterteilt in Länderberichte und Fachbereiche, u.a. für elektrotechnische Erzeugnisse, Kleidung und verwandte Gebiete, Schuhe, Leder, Kautschuk, industrielle Fette und Waschmittel, Papierverarbeitung, Kali und Zement; Statistiken der einzelnen Hauptausschüsse beim Rüstungsministerium; Menschenpotential der Mächtegruppen; Europa-Holzplanung und Europaplanung Bastfaser. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten einzelner Länder wie Spanien sowie die Aspekte verstärkten deutschen Einflusses wurden ebenfalls in Sonderaufträgen untersucht. Ende Oktober 1943 lag bereits eine Arbeit über „Die Industriepaltung und Industriestatistik in der UdSSR“ vor<sup>11</sup>.

2. Einzelne Industrielle und Bankiers — ebenso Mitarbeiter des Planungsamtes — beauftragte Kehrl „mit der laufenden Beobachtung und Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse“ der einzelnen okkupierten, verbündeten und neutralen Länder, so Karl Rasche (Dresdner Bank) für Ungarn, Philipp F. Reemtsma für Bulgarien, Wilhelm Voss (Präsident der AG vorm. Skodawerke in Pilsen, Generaldirektion Prag) für Rumänien und Hugo Stinnes (Generaldirektor des Mühlheimer Bergwerks-Vereins) für Schweden und Dänemark<sup>12</sup>.

In dem Beauftragungsschreiben Kehrls heißt es: „Ihre Aufgabe ist es: 1) Möglichkeiten zur Entwicklung ungenutzter oder ungenügend genutzter

<sup>9</sup> Ebenda.

<sup>10</sup> Ebenda, R 3/1792; Wochenberichte für die Zeit vom 25. 12. 1943 bis zum 17.3. 1944.

<sup>11</sup> Ebenda, R 3/1960; Vermerk für Kehrl vom 23. 10. 1943.

<sup>12</sup> Ebenda, R 3/1941.

produktiver Kräfte zu erforschen sowie die industriellen Kapazitäten nach ihrem neuesten Stand festzustellen; 2) Angaben und Vorschläge darüber zu machen, auf welchen Gebieten durch Zurverfügungstellung deutscher Erfahrungen und Sachverständiger, evtl. unter Übertragung entsprechender Patente, Geheimverfahren usw., zusätzliche Leistungen für die Kriegproduktion erzielt werden können; 3) Möglichkeiten für konkrete Einzelgeschäfte in Kombination mit dritten Ländern und zusätzlichen Ausfuhrmöglichkeiten aus den besetzten Gebieten aufzuzeigen; 4) über die spezielle handelspolitische Lage, ihre Verbesserungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung der Clearing-, Devisen- und Währungsfragen laufend zu berichten; 5) mich fortlaufend über ausländische Persönlichkeiten zu unterrichten, die als Partner von industriellen Geschäften in erster Linie in Frage kommen, oder die einen besonders starken Einfluß auf die Wirtschafts- und Handelspolitik ausüben oder insbesondere solche, die dem Gedanken einer starken europäischen Gemeinschaftsarbeit auf industriellen Gebiete aufgeschlossen gegenüberstehen; 6) die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage des betreffenden Landes unter besonderer Berücksichtigung bereits vorliegender Wirtschaftsplanungen oder Bestrebungen hierzu ständig zu beobachten und berichtsweise auszuwerten; 7) ganz allgemein die wirtschaftliche Tätigkeit der Feindstaaten und ihrer Vertreter zu beobachten und hierüber zu berichten, insbesondere über Maßnahmen, die geeignet sind, der deutschen Kriegswirtschaft zu schaden, wie Störungskäufe u.ä.; 8) ganz allgemein auf Gefahren, die den Ablauf der deutschen Kriegswirtschaft stören könnten, aufmerksam zu machen"<sup>13</sup>.

Alle Beauftragen lieferten auch ausführliches Material: Reemtsma am 3. Juni 1944 einen Bericht des Leiters seiner Orientabteilung über die neu eingesetzte bulgarische Regierung mit genauer Einschätzung der einzelnen Minister<sup>14</sup>. Stinnes berichtete am 5. März 1943 über Liefermöglichkeiten nach Dänemark<sup>15</sup>. Er begutachtete ferner ausführlich einen Geheimbericht über den „Wirtschaftsdruck der Anglo-Amerikaner auf Schweden“<sup>16</sup>. Wie zu erwarten, blieben die beauftragten Industriellen nicht nur passive Mitarbeiter. Stinnes entwickelte z.B. in einem Schreiben an Köster vom 20. Juni 1944 seine Vorstellungen über die „europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ wie folgt: „Deutschland muß dafür scheinbar ganz große Opfer bringen, welche sich bestimmt rentieren werden. Ich würde für alle um Deutschland liegenden Staaten von Schweden bis zum Balkan — ausgenommen Rußland und Italien — Zollunion einführen“. Zehn Jahre sollten diese Länder frei darüber entscheiden können, ob sie darin bleiben wollen oder nicht. „Es würde die Folge sein“, schreibt

<sup>13</sup> Ebenda, Bl. 169.

<sup>14</sup> Ebenda, Bl. 21 ff.

<sup>15</sup> Ebenda, Bl. 157 ff.

<sup>16</sup> Ebenda, 40 f.

Stinnes weiter, „daß die gesamte Wirtschaft dieser Länder sich auf den Wirtschaftsaustausch mit Deutschland einstellt und innerhalb der 10 Jahre solche Vorteile daraus zieht, daß das Volk gar nicht mehr auf diesen Vorteil verzichten will“. Stinnes war sich natürlich darüber klar, daß die Wirtschaft im europäischen Raum „unter mehr oder weniger empfundener deutscher Vormundschaft“ stehen werde. Aber: „Sind die Völker um Deutschland mit Deutschland wirtschaftlich aus eigenem Interesse heraus verknüpft und verwachsen, dann werden sie sich politisch gerne nach Deutschland richten und dies gar nicht mehr als eine Vergewaltigung empfinden“<sup>17</sup>.

Drittens erörterten die Mitglieder des „Europakreises“ die „Zweckmäßigkeit, bekannte Persönlichkeiten aus der Wirtschaft des neutralen Auslandes seitens der deutschen Wirtschaft zu einem Besuch Deutschlands einzuladen und ihnen u.a. repräsentative deutsche Produktionsstätten zu zeigen, um ihnen „einen Begriff von der wachsenden Stärke der deutschen Rüstung zu vermitteln“<sup>18</sup>. Allerdings zog sich diese Diskussion darüber, ob solche Kontakte nützlich seien und wie sie zu verwirklichen wären, bis zum Herbst 1944 hin. Der Vorstandsvorsitzer der Vereinigte Aluminiumwerke AG, Ludger Westrick — beauftragt mit der Wirtschaftsbeobachtung Frankreichs und Teilnehmer der Sitzungen des „Europakreises“ — hatte bereits führende Industrielle aus der französischen Aluminiumindustrie zu einer solchen Besichtigungsreise eingeladen, was als „durchaus fruchtbar“ bezeichnet wurde. Kontakte zu spanischen, schwedischen und schweizer industriellen Kreisen wurden erörtert.

In diesem Zusammenhang tauchte in der 4. Sitzung des „Europakreises“ am 30. Mai 1944 zum erstenmal die Frage auf, wie man bei solchen Gesprächen „die deutsche Konzeption einer kontinentaleuropäischen Idee als Voraussetzung für ein europäisches Nachkriegsprogramm unter deutscher Führung“ an den Mann bringen könnte<sup>19</sup>.

Hier wurde erstmals dokumentarisch deutlich, daß der Kehrl'sche „Europakreis“ wahrscheinlich von vornherein zweispurig konzipiert war. Natürlich dienten die Länderuntersuchungen und die Fachberichte über einzelne Produktionsgebiete sowie die Großraum- und Europaplanungen zunächst dem Zweck, für die weitere Steigerung der Rüstungsproduktion im Rahmen der Verstärkten „totalen“ Mobilisierung neue Produktionskapazitäten, Arbeitskräftereserven und Rohstoffressourcen zu erschließen und auch nutzbar zu machen, wie das Beispiel Frankreich zeigt, soweit das vom Herbst 1943 bis zum Beginn der alliierten Invasion überhaupt noch möglich war zu realisieren. Aber von Mitte 1944 an stehen die Fragen der Nachkriegsplanung mehr und mehr im Vordergrund der Tätigkeit des „Europakreises“. Nicht nur, daß die

<sup>17</sup> Ebenda, Bl. 26 f.

<sup>18</sup> Ebenda, Bl. 81 f.; Protokoll der 3. Sitzung am 25. 4. 1944.

<sup>19</sup> Ebenda, Bl. 29; Protokoll der 4. Sitzung am 30. 5. 1944.

Sonderaufgaben jetzt in erster Linie mit Blick auf die Nachkriegszeit weiter bearbeitet werden, z.B. hinsichtlich der Frage, welcher Situation sich die einzelnen Industriezweige nach Kriegsende auf den europäischen Märkten im Hinblick auf Exportmöglichkeiten gegenüber sehen würden. Das Anknüpfen von neuen Kontakten zu geeigneten Industriellen diene ebenso dazu, „ständig über wichtige Strömungen und Tendenzen in der ausländischen Wirtschaft unterrichtet zu sein, zum anderen aber, um von diesen Herren zu erfahren, wie deutsche wirtschaftliche Maßnahmen im Auslande aufgenommen und beurteilt werden“. Ferner sei es wünschenswert, erklärte Kehl in der Sitzung am 27. Juni 1944, „die Pläne und Vorstellungen des befreundeten und neutralen Auslandes von einer wirtschaftlichen Neuordnung nach Kriegsende kennenzulernen“. Blessing hob in der gleichen Aussprache hervor, in der Argumentation gegen nordamerikanische und britische Pläne müsse man bei den von dieser Propaganda beeinflussten Wirtschaftspersönlichkeiten aus dem neutralen Ausland zu einem „Ansatzpunkt für die Gedanken einer Neuordnung der Wirtschaft Kontinentaleuropas unter deutscher Führung“ kommen<sup>20</sup>.

Doch die militärischen Ereignisse im Sommer 1944, die beginnende Invasion in Nordfrankreich und der folgenreiche Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte, bei dem die Sowjetarmee bis an die Grenzen Polens vorstieß, ließen dem Kehlschen Planungsamt immer weniger Spielraum. Es ist anzunehmen, daß wahrscheinlich die Bearbeitung der Sonderaufgaben abgebrochen wurde. Offensichtlich gingen diese Arbeiten auf ein anderes Gremium im Planungsamt über. In einem Brief an Heinrich Himmler schreibt Kehl am 10. November 1944, er habe bereits vor einigen Monaten — wahrscheinlich im August/September — im Planungsamt unter dem Decknamen „Wissenschaftliche Beratungsstelle“ eine Dienststelle eingerichtet, die „einen Erfahrungsaustausch zwischen allen Dienststellen organisiert, die sich mit Fragen des Wirtschaftspotentials der Feindmächte in irgendeiner Form befassen“. Aufgabe der Beratungsstelle sei es, diese Unterlagen zu prüfen und „auf einen möglichst hohen Grad von Zuverlässigkeit zu bringen“<sup>21</sup>. Auch das Reichssicherheitshauptamt (Amt VI Wi) war an dieser Aktion beteiligt. Ende Oktober 1944 lagen bereits folgende Berichte vor oder waren in Arbeit: Die Ernährungslage der Welt, „Die wehrwirtschaftlichen Grundlagen der Kriegführung 1945 im Vergleich zu 1944“, „Die Versorgung der Feindmächte mit Aluminium und Magnesium“, „Die Phosphorversorgung der kriegführenden Mächte“, „Die Sprengstoffversorgung der kriegführenden Mächte“, „Die Kautschukversorgung des Deutschen Reiches und der Feindmächte“, „Die Lieferungen der Westmächte an die SU im Jahre 1943“, „Der Außenhandel Großbritanniens“, „Tonnagebau der Feindmächte“, „Rüstungsendfertigung Deutsches

<sup>20</sup> Ebenda, Bl. 15 ff.; Protokoll der 5. Sitzung am 27. 6. 1944.

<sup>21</sup> Ebenda, R 3/1954, Bl. 72.

Reich und Feindmächte"<sup>22</sup>. Der Wissenschaftlichen Beratungsstelle waren verschiedene Arbeitskreise zugeordnet, offenbar nach Fachgebiet gegliedert. Diese Arbeitskreise berieten am 10. November 1944 z.B. die „Generaluntersuchung über die derzeitige wirtschaftliche Lage der UdSSR“. Speer hatte eine „Gesamtschau des derzeitigen Rüstungspotentials der UdSSR und der für 1945 zu erwartenden Entwicklung“ angefordert<sup>23</sup>.

Mitte Oktober 1944 übernahm Blessing eine andere Funktion, und zwar die Leitung des Arbeitskreises für Außenwirtschaftsfragen, einer Einrichtung, die, nach offizieller Mitteilung, Anfang März 1944 aus Vertretern der Reichsgruppe Industrie und der Reichsgruppe Handel gebildet worden war<sup>24</sup>. Aus den bis jetzt zugänglichen Unterlagen läßt sich der Vorgang bei der Gründung des Arbeitskreises für Außenwirtschaftsfragen wie folgt rekonstruieren: Mit den September- und Oktobererverlassen zur Konzentration der Kriegsproduktion beim Reichsministerium für Rüstung- und Kriegsproduktion hatte das Reichswirtschaftsministerium einen großen Teil der bisher ausgeübten Funktionen verloren. Es verblieben ihm nur noch wenige Aufgaben. Deshalb erscheint das Personalrevirement, das sich Anfang November 1943 im Staatssekretärsbereich des Reichswirtschaftsministeriums und in zwei Leitungen von Hauptabteilungen vollzog, zunächst unmotiviert. Anstelle des bisherigen Staatssekretärs Friedrich Landfried wurde der Leiter der Reichsgruppe Handel, Franz Hayler, Staatssekretär, zum ständigen Vertreter des Staatssekretärs und Leiter der Hauptabteilung II (Allgemeine Wirtschaftspolitik, Bewirtschaftung, Versorgung der Bevölkerung), anstelle von Hans Kehrl, SS-Brigadeführer Otto Ohlendorf, Leiter des Amtes III (Innerdeutscher Nachrichtendienst) des Reichssicherheitshauptamtes, zum Leiter der Hauptabteilung III (Außenwirtschaft) avaciert Franz Kirchfeld, Vorstandsmitglied der Ferrostaal AG. Hayler, „alter Kämpfer“ der Nazipartei und Ohlendorf, Inlands-SD-Chef, waren so profilierte Leute in der faschistischen Hierarchie, daß mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit beide nur mit Zustimmung Bormanns und Himmlers wenn nicht gar Hitlers in diese Funktionen gekommen sind, wobei die eigentlich aktive Tätigkeit Ohlendorf ausübte, als Ständiger Vertreter Haylers und in gleichzeitiger Fortführung seiner Dienste als Amtschef III des Reichssicherheitshauptamtes. Das heißt, derjenige Mann, der mit seinem Nachrichtendienst die Sicherheit des faschistischen Staates gewährleisten sollte, war zugleich verantwortlich für die Fragen der „allgemeinen Wirtschaftspolitik“, für „grundsätzliche Fragen der Wirtschaftspolitik im Reich und im

<sup>22</sup> Ebenda, Bl. 92 ff.; Bericht über den Stand der Arbeiten der wissenschaftlichen Beratungsstelle vom 28. 10. 1944.

<sup>23</sup> Ebenda, Bl. 85 ff.; Niederschrift über die Besprechung am 10. 11. 1944.

<sup>24</sup> ZStA Potsdam, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 14 487, Bl. 10 Schreiben Kirchfeld vom 14. 4. 1944.

europäischen Raum", so die Aufgabenstellung der Abteilung 1, deren Leitung Ohlendorf als Hauptabteilungsleiter mit übernahm<sup>25</sup>.

Ständiger Stellvertreter Kirchfelds wurde Ministerialdirigent Schlotterer, aus dem Jahren 1940/41 bekannt als Leiter der Sonderabteilung „Vorbereitung und Ordnung“ im Reichswirtschaftsministerium für die Planung der „Neuordnung Europas“<sup>26</sup>.

Etwa um die gleiche Zeit ging ein anderer Personalwechsel vor sich. Karl Albrecht, bisher Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsgruppe Feinmechanik und Optik, übernahm die Leitung der Außenwirtschaftsabteilung in der Reichsgruppe Industrie, seit 1. September auch die der gleichen Abteilung in der Reichswirtschaftskammer.

Damit war die Personalkonstellation für ein Unternehmen gegeben, das wie kein anderes vorher den Versuch unternahm, die Lenkung der gesamten deutschen Außenwirtschaft in den Händen weniger Personen zu konzentrieren, zunächst natürlich als Maßnahme der verstärkten Ausnutzung der Ressourcen der besetzten Gebiete und der verbündeten und neutralen Staaten, aber mehr noch als beim „Europakreis“ Kehrls in zunehmendem Maße für die Vorbereitung der Außenwirtschaft Deutschlands nach dem Kriege.

Die Anregungen zur Bildung des Arbeitskreises für Außenwirtschaftsfragen kamen sowohl von Kirchfeld, damit von Ohlendorf, aber auch von Friedrich von Poll, Geschäftsführer der Reichsgruppe Handel, und nicht zuletzt von Karl Albrecht, Reichsgruppe Industrie, damit von deren Leiter Wilhelm Zangen. Bei der Gründung des Arbeitskreises am 23. März 1943 gehörten ihm neun Personen an: als Abgesandte der Reichsgruppe Industrie Hans Croon, Präsident der Industrie- und Handelskammer Aachen, Sonderbeauftragter für Außenhandelsfragen der Reichsgruppe Industrie; Philipp von Schoeller (Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG); Max Ilgner (Vorstandsmitglied der IG Farbenindustrie AG), Karl Blessing (Continental Öl, AG), Direktor Boden (Vorstandsmitglied der AEG); als Abgesandte der Reichsgruppe Handel Freiherr von Schroeder (Staudt & Co.) Karl Lindemann (Norddeutsche Lloyd), Otto Braun (Transdanubia Ein- und Ausfuhrhandelsgesellschaft mbH) und Edgar Michael (C. B. Michael Hamburg). Zunächst, bis zur Eroberung Aachens durch alliierte Truppen, leitete Croon den Arbeitskreis, die Geschäftsführung übernahm von Poll. Zum sogenannten Geschäftsführerkreis gehörte auch Anton Reithinger, Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG Farben. Der Arbeitskreis tagte monatlich, nach den bisher aufgefundenen Unterlagen bis Anfang Februar 1945. In der Zwischenzeit leitete der Geschäftsführerkreis die Arbeit des Ausschusses. Als Mitglieder sind später offensichtlich hinzuge-

---

<sup>25</sup> BA Koblenz, R 7/14: Kriegsgeschäftsvorteilungsplan des Reichswirtschaftsministeriums vom 15. 12. 1943.

<sup>26</sup> ZStA Potsdam, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 14 487, Bl. 10.

kommen oder ständig zu den Sitzungen eingeladen: Hermann J. Abs (Deutsche Bank AG), August Rhodewald (Reichskreditgesellschaft AG), Franz Hasslacher (Creditanstalt Bankverein Wien) und Prof. Andreas Predöhl (Direktor des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel). Ende Mai traten auch zwei Unterausschüsse in Funktion: Unterausschuß Clearing- und Währungsfragen, geleitet von Karl Blessing, den Unterausschuß Grundsatzfragen der europäischen Außenwirtschaft übernahmen Ilgner und Scheeller<sup>27</sup>. In diesem Unterausschuß wurde z.B. Ilgners Denkschrift „Vorschläge zur Steigerung des europäischen Rüstungs- und Wehrwirtschaftspotentials“ (1. Entwurf vom 4. März 1944)<sup>28</sup> beraten, mit Vorschlägen für Sofortmaßnahmen für die verbündeten südosteuropäischen Länder und für langfristige Maßnahmen „zur planmäßigen Gestaltung europäischer Gesamtwirtschaft“.

Der Arbeitskreis für Außenwirtschaftsfragen entwickelte sich zu einem interinstitutionellen Koordinierungszentrum für die deutsche Außenwirtschaft in den letzten Jahren des Krieges und zur Vorbereitung der außenwirtschaftlichen Nachkriegsfragen. Einflußreiche Repräsentanten der Industrie und der Banken, Industrielle, die im Staatsapparat arbeiteten, Experten der außenwirtschaftlichen Abteilungen staatsmonopolistische Einrichtungen wie der Reichsgruppen Industrie und Handel und der Reichswirtschaftskammer arbeiteten unter Abdeckung durch den Leiter des Sicherheitsdienstes Inland der SS an den konzeptionellen Fragen des Außenhandels und der Außenwirtschaftspolitik.

Obwohl über die Gründung des Arbeitskreises in der Presse berichtet wurde, blieb die eigentliche Tätigkeit auf den Kreis der Beteiligten beschränkt und wurde geheimgehalten. Als z.B. der Gauwirtschaftsberater des NSDAP-Gaues Pommern bei Hayler die Zusammensetzung des Arbeitskreises erfragen wollte, wurde dies ihm, wie er in einem Schreiben an die Parteikanzlei berichtete, „absolut negativ beantwortet“<sup>29</sup>. Aus den bisher aufgefundenen Unterlagen lassen sich über die Tätigkeit des Arbeitskreises folgende Schwerpunkte bestimmen:

1. Schwerpunkt: Sicherung der Exportfertigung unter den Bedingungen des „totalen“ Krieges und die Vorbereitung einer weltweiten Handelsoffensive unmittelbar nach Beendigung der Kriegshandlungen zur Sicherung der Vorherrschaft der deutschen Industrie auf den europäischen und außereuropäischen Märkten.

Am 23. Mai 1944 legte Albrecht ein Exposé zu den „Nachkriegsfragen der Außenwirtschaft“ vor. Da, wie er schreibt, die „Probleme der Außenwirtschaft stärker als binnenwirtschaftliche Probleme von politischen Momenten

<sup>27</sup> BA Koblenz, R 12 I/230; Tagesmeldung Abt. VI vom 26. 5. 1944.

<sup>28</sup> ZStA Potsdam, IG Farbenindustrie AG, Nr. 6449.

<sup>29</sup> BA Koblenz, NS 6/288; Schreiben an die Parteikanzlei vom 21. 7. 1944.

und von den Fragen der Grenzziehung sowie der Verkehrsmöglichkeiten" bestimmt wären, müsse man sich schon jetzt „einigermaßen zutreffende Vorstellungen" davon machen, welche Aufgaben für die Nachkriegszeit gestellt seien<sup>30</sup>. Albrecht stellte fünf Grundsätze auf: a) Am Ende des Krieges sei die Produktionskapazität in der ganzen Welt größer als vor dem Kriege, deshalb würden die Probleme der Vollbeschäftigung besonders akut. b) Die Frage der Vollbeschäftigung sei nicht nur ein binnenwirtschaftliches sondern auch ein außenwirtschaftliches Problem. c) Die Vollbeschäftigung berühre nicht nur die Einfuhr, sondern ebenso die Ausfuhr. d) Vollbeschäftigung müsse durch zusätzliche öffentliche Aufträge gesichert werden, was den Staatshaushalt belasten und eine Abstimmung vor allem im Bereich der Produktionsmittelindustrien erfordere. e) Als Aufgaben ergäben sich daher Untersuchungen über: Vorräte an Rohstoffen- und Produktionskapazitäten in den einzelnen Ländern; Vollbeschäftigungs- bzw. Arbeitsbeschaffungsprojekte der einzelnen Länder; Selbstkostenentwicklung in den einzelnen Ländern; Internationales Transport- und Verkehrswesen; Internationale Kartell und nationale Kartellmöglichkeiten; Innere und äußere Staatsschulden sowie die Gestaltung des Haushaltsplanes; Währungsprobleme der einzelnen Länder; Bildung von Großwirtschaftsräumen durch Zusammenfassung nationaler Wirtschaften mit sich ergänzender Wirtschaftsstruktur.

Damit war sozusagen ein Programm gegeben. In den Monaten Juni, Juli und August 1944 begann eine Diskussion über die außenwirtschaftlichen Fragen, verbunden mit einer aktiven Öffentlichkeitsarbeit. Ohlendorf sprach am 15. Juni 1944 vor den Gauwirtschaftsberatern der NSDAP in der Parteikanzlei über „Einige grundsätzliche Fragen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik"<sup>31</sup>. Kirchfeld berichtete am 20. Juni auf der Wirtschaftspressekonferenz der Reichsregierung über Grundsatzfragen der deutschen Außenwirtschaft und die deutsche Position einzelnen Ländern gegenüber<sup>32</sup>. Ohlendorf hielt am 4. Juli 1944 vor dem Großen Beirat der Reichsgruppe Industrie ein längeres Referat über „Grundfragen der deutschen Wirtschaftspolitik"<sup>33</sup>.

Nach Verhandlungen zwischen der Reichsgruppe Industrie, dem Reichswirtschaftsministerium und dem Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion unterschrieb Speer am 2. August 1944 einen Erlaß zur Sicherung der Exportfertigung, wonach „grundsätzlich die Ausfuhrfertigung der übrigen kriegswichtigen Fertigung einschließlich der Rüstungsfertigung gleichgestellt" wurde<sup>34</sup>. Am 10. August fand in der Geschäftsführung der Reichsgruppe Indu-

<sup>30</sup> Ebenda, R 12 I/231.

<sup>31</sup> Ebenda, R 7/2017.

<sup>32</sup> Ebenda, R 12 I/236.

<sup>33</sup> Ebenda, R 12 I/231.

<sup>34</sup> Ebenda, R 12 I/232; Tagesmeldung der Abt. VI vom 22. 8. 1944.

strie eine Besprechung mit Ohlendorf statt, in deren Verlauf dieser im internsten Kreis „grundsätzliche Bemerkungen“ zum anstehenden Problem machte. Ohlendorf erklärte u.a., besonders aktuell erscheine ihm die Frage, „womit Deutschland nach dem Kriege auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sein könne. Es erscheint ihm unerlässlich, zu überprüfen, was der Massenfertigung der Amerikaner entgegengesetzt werden könne. Eine Nachahmung erscheine ihm nicht ausreichend. Ebenso wichtig erscheint Ohlendorf die rechtzeitige Klärung der Frage, welche synthetische Produktion nach dem Kriege zur unerlässlichen Sicherung der europäischen Lebensgrundlagen notwendig erscheint. Aus beiden ergibt sich die Notwendigkeit politischer Entscheidungen hinsichtlich der Vorbereitung einer neuen europäischen Wirtschaftsstruktur, die zu wichtigen Konsequenzen für die Binnenwirtschaft hinsichtlich des eigenen Produktionsapparates führen wird“<sup>35</sup>. Ebenfalls in diesen Rahmen fällt eine Ausarbeitung der Pressestelle des Reichswirtschaftsministeriums, die an die Reichspropagandaleitung der NSDAP, Amt Arbeitspolitische Propaganda, als Unterlage für die Nazipropagandaarbeit gegeben wurde. Diese Übersicht über „Die Entwicklung des deutschen Außenhandels“ endete mit der Prämisse: „Führung und Praxis des deutschen Außenhandels richten sich also aus wohl erwogenen Gründen nach der größten Zweckmäßigkeit. Der deutsche Außenhandel steht im Dienst des Krieges und muß Wege beschreiten, die für den Krieg den größten Nutzen bringen“<sup>36</sup>.

Diese Konzeptionsdiskussionen können nur richtig eingeordnet und bewertet werden, wenn man weiß, daß etwa zur selben Zeit von der Führung der Reichsgruppe Industrie die Nachkriegsplanung umfassend begonnen wurde. Wahrscheinlich schon im Juni 1944 lag ein „Programm für die Bearbeitung wirtschaftlicher Nachkriegsprobleme vom Standpunkt der Industrie“ vor. Folgende Arbeitsgebiete wurden aufgeführt: „1) Es sind diejenigen Nachkriegsaufgaben, die die Industrie unmittelbar oder bevorzugt angehen, nach Umfang und Bedeutung vorzuklären und die Möglichkeiten und Formen einer zweckentsprechenden Bewältigung zu untersuchen. 2) Es sind die besonderen Nachkriegsaufgaben der anderen Wirtschaftszweige und die hier vorliegenden Lösungsabsichten daraufhin zu untersuchen, welche Anforderungen daraus für die Industrie erwachsen und wieweit sich diese Anforderungen im einzelnen und in ihrem Zusammenwirken mit den gegebenen produktionswirtschaftlichen Möglichkeiten in Einklang bringen lassen. 3) Es ist zu den Nachkriegsfragen grundsätzlicher Natur auf dem Gebiet der allgemeinen Wirtschaftspolitik, der Finanz-, Preis-, Lohn-, Kredit- und Währungspolitik ein Beitrag vom Blickpunkt der Industrie aus zu leisten“<sup>37</sup>. Für diese Arbeiten der Reichsgruppe

<sup>35</sup> Ebenda, Vermerk Albrecht vom 10. 8. 1944.

<sup>36</sup> Ebenda, R 7/2025.

<sup>37</sup> Ebenda, R 11/2171, Bl. 567.

Industrie war vor allem das von ihr finanzierte Institut für Industrieforschung tätig, geleitet von Ludwig Erhard<sup>38</sup>. Ende Oktober erging an die einzelnen Wirtschaftsgruppen die Aufforderung, die „Umstellung auf die Friedenswirtschaft“ nach vorgegebenen Gesichtspunkten vorzubereiten<sup>39</sup>.

In diesen größeren Rahmen war die Diskussion über die Vorbereitung einer Handelsoffensive eingepaßt. Dazu gehörte auch die „Umstellung der Auslandswerbung“, um den neuen Anforderungen zu genügen. Der Reichsgruppe Industrie ging es dabei um folgende Themenkreise: „1. Aufklärung über das deutsche wirtschaftspolitische Wollen. 2. Demonstrationen der deutschen Wirtschafts- und Exportkraft. 3. Aufzeigung der Möglichkeiten und der positiven Auswirkungen einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. 4. Förderung des europäischen Rüstungspotentials und Zerstörung des Amerikanimbus. 5. Herausstellung besonderer Leistungen Deutschlands und Europas auf kulturellem, technischem, medizinischem, hygienischem und sozialem Gebiet. 6. Herausstellung großer Männer, Auswertung ihrer Leistungen und Erfolge auf den vorstehend genannten Gebieten“<sup>40</sup>. In Gang gebracht wurden Anzeigenserien über „Großtaten der deutschen Industrie“ und „Große Europäen in Europa“<sup>41</sup>. Die Reichsgruppe Industrie regte ferner an, in spanischen und portugiesischen Fachzeitschriften Werbung nach Südamerika zu treiben<sup>42</sup>.

2. Schwerpunkt: Aufnahme von Kontakten zu Industriellen in den besetzten Gebieten, verbündeten und neutralen Ländern zur Vorbereitung für die spätere Lösung der entstehenden Ex- und Importprobleme und zur Klärung wichtiger politischer Fragen.

Schwerpunkte dieser Kontaktaufnahme waren Frankreich, die Schweiz, Schweden und eine Reihe von internationalen Organisationen wie die Internationale Handelskammer und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. Ein Beispiel mag für viele andere stehen. Am 30. März berichtete Albrecht dem Hauptgeschäftsführer der Reichsgruppe Industrie Karl Guth über sein bei einer Reise nach Frankreich beobachtetes „besondere Interesse französischer Industrieller an sozialpolitischen Fragen“. Die allgemeine politische Entwicklung habe zu „erheblichen Befürchtungen wegen des Umsichgreifens kommunistischer Bestrebungen geführt. Offensichtlich steht bei den Franzosen die Sorge um Aufrechterhaltung des Privateigentums bei diesen Erörterungen im Vordergrund“. Guth stimmte der Auffassung Albrechts zu,

<sup>38</sup> Ebenda, R 7/2131.

<sup>39</sup> Ebenda, R 13 I/136; Schreiben der Reichsgruppe Industrie an Jacob Wilhelm Reichert, Geschäftsführer der Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie.

<sup>40</sup> Ebenda, R 12 I/232; Schreiben der Reichsgruppe Industrie an die Firma Gebr. Eickhoff, Maschinenfabrik und Eisengießerei, vom 29. 8. 1944.

<sup>41</sup> Ebenda, R 12 I/233; Schreiben der Reichsgruppe Industrie an die Mitglieder des Kleinen Arbeitskreises vom 14. 9. 1944.

<sup>42</sup> Ebenda, R 12 I/232; Bericht des Interministeriellen Ausschusses beim Auswärtigen Amt vom 31. 7. 1944.

es sei „allgemeinpolitisch wertvoll“ und läge auch im Interesse der Reichsgruppe Industrie, wenn die „Aufgeschlossenheit der Franzosen, derartige Themen mit uns zu verhandeln“, wahrgenommen würde<sup>43</sup>. In Aussicht genommen waren Gespräche mit Herren der Vereinigte Stahlwerke, Mannesmann, IG Farben und Siemens. Die Vorbereitungen für solche Gespräche wurden über die „Verbindungsstelle Frankreich der Organisation der Deutschen Wirtschaft“ in Gang gebracht. Mit persönlicher Unterstützung Zangens, des Leiters der Reichsgruppe Industrie, wurde ein repräsentativer Kreis von Personen ausgewählt, die in den sozialwirtschaftlichen Ausschüssen der Reichsgruppe Industrie tätig waren. Wegen Termenschwierigkeiten — es stand eine große Tagung der Reichsgruppe in Prag bevor — und weil es Albrecht Ende Mai zweckmäßig erschien, „die derzeitige ‚Invasionsunruhe‘ in Paris erst abklingen zu lassen“<sup>44</sup>, wurden diese Gespräche hinausgeschoben. Die beginnende Landung der Alliierten machte alle eingeleiteten Maßnahmen zunichte. Dennoch bleibt festzuhalten, daß auch bei den Versuchen, mit schweizer und schwedischen Industriellen Kontakt aufzunehmen oder bestehende zu erweitern, der antikommunistische Aspekt gemeinsame Berührungspunkte schuf.

Aus dem Schreiben Croons an Philipp E. Reemtsma wird deutlich, zu welchen Personen Kontakte gesucht werden sollten: „Dabei wird Wert darauf gelegt, solche Persönlichkeiten zu benennen, die in den betreffenden Ländern über hervorragende persönliche Beziehungen verfügen und in der Lage wären, gegebenenfalls außerhalb der staatlichen Verhandlungen auf Grund ihrer persönlichen Stellung wichtige Aufgaben zu übernehmen und Mittlerdienste zur Festigung freundschaftlicher Beziehungen bzw. zur Vorbereitung einer für staatliche Verhandlungen geeigneten vertrauensvollen Atmosphäre zu leisten“<sup>45</sup>.

3. Schwerpunkt: Ausarbeitung von Studien von Mitgliedern des Arbeitskreises oder der von ihnen geleiteten Konzerne oder Einrichtungen über die wirtschaftliche Entwicklung einzelner Länder, Wirtschaftszweige oder Sachgebiete.

Albrecht präziserte Anfang April 1944 gegenüber dem Institut für Weltwirtschaft der Universität Kiel die Wünsche des Arbeitskreises wie folgt: Angaben über Wirtschaftsentwicklungen seien generell für das Jahr 1938 bzw. Ende 1938 und ab 1. Januar 1942 zu machen. Erwünscht sei eine Berichterstattung für Finnland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Niederlande, Belgien, Frankreich, Spanien, Portugal, Schweiz, Italien, Kroatien, Griechenland, Bulgarien, Türkei, Rumänien, Ungarn, Slowakei und das sogenannte Generalgouvernement. Erbeten wurden Angaben „a) über den Gesamtwarenverkehr des betreffenden Landes in Ein- und Ausfuhr möglichst mit Angaben des

<sup>43</sup> Ebenda, R 12 I/250; Vermerk Albrecht vom 30. 3. 1944.

<sup>44</sup> Ebenda; Vermerk Albrecht vom 22. 5. 1944.

<sup>45</sup> Ebenda, R 12 I/232; Schreiben Croons an Reemtsma vom 9. 8. 1944.

Anteils der wichtigsten Ein- und Ausfuhrländer; b) Angaben über Preise für bestimmte Erzeugnisse sowie von den Preisindizes mit Quellenhinweis; c) möglichst auch Angaben über die Entwicklung der Lebenshaltungskosten und der Löhne<sup>46</sup>. Für die Planung künftiger Exporte z. B. nach Südamerika interessierten folgende Fragen: „1. Die Industrialisierung in ihren Ergebnissen, Auswirkungen und weiteren Absichten; 2. die Entwicklung der Waren- und Zahlungsbilanz, insbesondere der Salden; 3. Entwicklung auf dem Gebiet von Währung und Staatshaushalt mit besonderer Berücksichtigung der Frage, wieweit nach Kriegsschluß Bereitwilligkeit und Fähigkeit zur Gewährung von Auslandskrediten vorhanden sein wird; 4. Entwicklung der Preisniveaus; 5. Entwicklung der staatlichen Wirtschaftseingriffe wie überhaupt des Verhältnisses von Wirtschaft und Staat zueinander, Frage der Kartelle, der staatlichen und privat-wirtschaftlichen Restriktionen und Vorratspolitik“<sup>47</sup>.

Während der Sitzung des Arbeitskreises am 28. September 1944 wurde ein umfassendes Programm für die Ausarbeitung von Materialien vorgelegt<sup>48</sup>. Darin heißt es, daß es sich bei dem vom Arbeitsausschuß bereitzustellenden Unterlagen um zwei Dinge handeln werde: „1. Um die Klärung der tatsächlichen Größenordnungen (statistisches Material) und organisatorischen Voraussetzungen (Organisation) wichtiger internationaler Wirtschaftsfaktoren. 2. Um die internationalen Währungs- und Wirtschaftsprobleme des Auslandes, soweit sie bisher bekannt geworden sind“. Zum ersten Punkt gliederte sich die Aufgabenstellung wie folgt auf: A. Das Währungsgebiet (Preisniveau/Kaufkraft-Paritäten, Goldbestände und Notenumlauf); B. Agrargebiete (Ernten, Vorräte, Bestände in Regierungshänden, internationale Restriktionen und Kartelle, Handelswege — vor dem Kriege, Entwicklung im Krieg und vorausichtlicher Status nach dem Krieg, gedacht für: Brotgetreide, Futtermittel, Nahrungsmittel (Ölsaaten), Fleisch und Zucker); C. Rohstoffgebiete (Kapazitäten, Produktion, Verbrauch, Vorräte, organisatorische Voraussetzungen, internationale Kartelle usw., gedacht für: Kohle, Eisen/Stahlveredler, Buntmetalle, Leichtmetalle, Holz, pflanzliche Fasern, tierische Fasern, synthetische Fasern, Häute/Felle/Leder, Mineralöl und synthetische Produkte, Schwefelkies und Schwefel, Kautschuk, Stickstoff, Kali und Tabak); D. Industriewirtschaftliche Entwicklung des Auslands (Neuaufbau von Industrien außer in den kriegführenden Großmächten, besonders Ibero-Amerika, Ostasien, Indien und Australien, Rückwirkungen der Industrialisierung auf den künftigen Außenhandel und die Außenhandelspolitik); Für den zweiten Punkt waren folgende Fragen zu beantworten: „1. Welche Pläne und Organisationen sind vorhanden? 2. Wie sind die innerpolitischen Aussichten für die Durchfüh-

<sup>46</sup> Ebenda, R 12 I/230; Schreiben Albrecht vom 6. 4. 1944.

<sup>47</sup> Ebenda, R 12 I/233; Schreiben Albrecht an Karpferer, Firma Dr. I. E. Schwenzner, vom 25. 9. 1944.

<sup>48</sup> ZStA Potsdam, Deutsche Bank AG, Nr. 16 682, Bl. 7 ff.

rung? 3. Wie sind die realen Vorstellungen für die Durchführung? 4. Welche politischen Interessenkonstellationen ergeben sich aus 1 - 3?"

Als besonders wichtige Themen waren angegeben: Die internationale Währungsdiskussion, einschließlich Kriegsschuldenfrage; Ernährungsfragen (Hot-Springs-Konferenz, neu gegründete Organisationen und Pläne); Rohstofffragen (staatliche Sicherungspolitik, vertragliche Abkommen bzw. Diskussionen mit Ibero-Amerika, der UdSSR u.a. Ländern); Industriewirtschaft (Außenhandelsdiskussionen, Nachkriegsgeschäfte); Kartell-Probleme; Wiederaufbau- und Vollbeschäftigungs-Probleme (darunter die Verarbeitung des Inhalts wichtiger Reden alliierter Staatsmänner und Wirtschaftsfachleute). Zur Sitzung des Arbeitskreises am 30. November 1944 sollten die ersten Entwürfe für Mineralöl, Häute/Felle/Gerbstoffe und Eisen/Stahlveredler vorgelegt werden<sup>49</sup>. Mitte Dezember waren auch die Entwürfe für Kautschuk, Chemische Fasern und Baumwolle fertig<sup>50</sup>. Die Arbeit „Zur Eisen- und Stahlwirtschaft der Welt“ hatte Jacob Wilhelm Reichert, Geschäftsführer der Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie, in Absprache mit Walter Rohland (Vereinigte Stahlwerke AG) und Direktor Schwede, Vorsitzender des handelspolitischen Ausschusses der Eisen schaffenden Industrie, zusammengestellt<sup>51</sup>. An vollständigen Berichten wurden bisher nur vier aufgefunden: Bericht Nr. 7 „Chemische Fasern“, bearbeitet von der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG Farbenindustrie AG<sup>52</sup>; Bericht Nr. 8 „Baumwolle. Übersicht über die Weltmarktsituation“<sup>53</sup>; Bericht Nr. 10 „Kautschuk“<sup>54</sup> und ein unnumerierter Bericht „Der Weltmarkt der agrarischen Hauptproduktion. Getreide, Fleisch, Fett“<sup>55</sup>. Alle diese Berichte haben ausführliche zusammenfassende Abschnitte mit „handelspolitischen Schlußfolgerungen“ oder Einschätzungen darüber, welche Lage für diesen Industriezweig am Ende des Krieges zu erwarten sei und welche Maßnahmen deutscherseits ergriffen werden müßten, um unverzüglich in die Offensive gehen zu können, entweder um den bestehenden Einfluß zu halten oder auf anderen Märkten, die infolge des Krieges nicht mehr zugänglich waren, erneut aktiv zu werden.

Sorgfältig beobachteten die Verantwortlichen des Arbeitskreises die alliierte internationale Diskussion über die Nachkriegsgestaltung der Welt. Am 17. Juli 1944 übersandte Albrecht an Ohlendorf, an Kirchfeld und andere

<sup>49</sup> Ebenda, Bl. 16; Schreiben an die Mitglieder des Arbeitskreises für Außenwirtschaftsfragen vom 21. 11. 1944.

<sup>50</sup> BA Koblenz, R 12 I/233; Vermerk Albrecht für Skrodzki vom 19. 12. 1944.

<sup>51</sup> ZStA Potsdam, Deutsche Bank AG, Nr. 16 682. Bl. 76; Schreiben Blessing und v. Poll an Kirchfeld vom 19. 12. 1944.

<sup>52</sup> BA Koblenz, R 7/2128, Bl. 68 ff.

<sup>53</sup> Ebenda, Bl. 91 ff.

<sup>54</sup> Ebenda, R 7/2129.

<sup>55</sup> Ebenda.

Beamte des Reichswirtschaftsministeriums sowie an das Auswärtige Amt eine Denkschrift des Verbandes der amerikanischen Industriellen vom Dezember 1943, die, wie er mit Recht annahm, deren Interesse „sowohl nach der wirtschaftspolitischen wie auch nach der allgemeinpolitischen Seite“ finden dürfte<sup>56</sup>. In einem anderen Schreiben vom 19. Juli nahm Albrecht Bezug auf einen Bericht der britischen Gruppe der Internationalen Handelskammer zur Wiederaufbaupolitik, der ihm wegen seines „betont freihändlerischen und liberalistischen Charakters“ aufgefallen war. Von dem Vertreter der deutschen Gruppe in der Internationalen Handelskammer in Stockholm wollte er wissen, ob dieser Bericht „als typisch für die Gesamthaltung der britischen Wirtschaft angesehen“ werden könne. Nach ihm vorliegenden anderen Berichten habe er „daran Zweifel“<sup>57</sup>. Am 21. November 1944 übersandte Albrecht an Max Ilgner, Vorstandsmitglied der IG Farbenindustrie AG, „zur persönlichen Kenntnisnahme die in Dumbarton Oaks gefaßten Beschlüsse, die uns vertraulich zur Verfügung gestellt worden sind“<sup>58</sup>. Auch aus vielen anderen Unterlagen ist ersichtlich, daß ein vorzüglich arbeitender Nachrichtendienst die Verantwortlichen des Arbeitskreises mit Informationen versorgte: Am 24. Mai 1944 informierte die Pressestelle des Reichswirtschaftsministeriums Funk und Ohlendorf über die Pläne der USA, Großbritanniens und der UdSSR zur Gründung eines internationalen Goldfonds<sup>59</sup>. Am 21. Juli 1944 erschien die Arbeit der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG Farben Nr. 5037, betitelt „Vorläufige Bemerkungen zur Währungskonferenz in Bretton Woods“<sup>60</sup>. Ebenso erarbeitete die Volkswirtschaftliche Abteilung der Reichsbank ähnliches Informationsmaterial, z. B. über den Morgenthau-Plan über die Konferenz in Hot Springs, über die Währungs- und Finanzkonferenz in Bretton Woods, über die Konferenz von Dumbarton Oaks, über die Luftfahrtkonferenz von Chicago sowie über die internationale Geschäftskonferenz in Rye<sup>61</sup>.

Ab Frühjahr 1945 werden die Unterlagen in den bisher durchgesehenen Aktenbeständen spärlich, deshalb ist über die Tätigkeit des Arbeitskreises in den letzten Monaten und Wochen des Krieges noch wenig zu sagen. Hinzu kam, daß die einzelnen Dienststellen und Ministerien aus Berlin ausgesiedelt wurden, so daß Zusammenkünfte wie zuvor immer schwieriger wurden. Hayler ging als Leiter des Stabes Süd des Reichswirtschaftsministeriums in die „Alpenfestung“ und sollte dort Himmler zur Verfügung stehen. Ohlendorf richtete ein Verbindungsstelle des Stabes Nord des Reichswirtschafts-

<sup>56</sup> Ebenda, R 12 I/232.

<sup>57</sup> Ebenda, Schreiben Albrecht an Riedberg, Stockholm.

<sup>58</sup> Ebenda, R 12 I/233.

<sup>59</sup> Ebenda, R 7/2013.

<sup>60</sup> ZStA Potsdam, IG Farbenindustrie AG, Nr. 1040/83, Bl. 1 ff.

<sup>61</sup> Ebenda, Deutsche Reichsbank, Nr. 7010 und 7015.

ministeriums bei Dönitz ein, Ohlendorf leitete auch nach der Kapitulation eigentlich das Wirtschaftsressort im sogenannten Dönitz-Kabinet, zudem Speer es abgelehnt hatte. Ohlendorf stellte Dönitz auch die in den Nordraum ausgewichenen Teile seines Nachrichtenapparates zur Verfügung, so daß mit Sicherheit anzunehmen ist, daß von Ohlendorf die konzeptionellen Grundgedanken des Arbeitskreises und der mit ihm verbundenen Institutionen weitergetragen worden sind. Weitere Forschungen über diese letzten Monate sollten mehr Aufschluß darüber bringen.

Nur die wichtigsten Grundzüge der deutschen Außenwirtschaft und der Nachkriegsplanung konnten hier dargestellt werden. Viele Fragen mußten offen bleiben, z. B. die Rolle der deutschen Industrievertreter im Ausland, das gesamte Problem der Nachrichtenorganisation und der Statistik für die künftige Außenwirtschaftspolitik, die Frage der Nachkriegsverkäufe und der Warenscheck-Lieferungen an die verbündeten Länder, die Einbeziehung anderer Institutionen, wie des Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftsverbandes, der Deutschen weltwirtschaftlichen Gesellschaft e. V., der Gesellschaft für Europäische Wirtschaftsplanung und Großraumwirtschaft e. V., des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas, der Osteuropa-Institute der Universitäten, ebenso der Weltwirtschaftsinstitute in Kiel und Leipzig sowie anderer, gleichartiger Einrichtungen, die Versuche deutscherseits, das Internationale Arbeitsamt in Genf, die Internationale Handelskammer und die Bank für internationalen Zahlungsausgleich für ihre Zwecke einzuspinnen, nicht zuletzt die verschiedenartigen Versuche, Erfahrungen aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg für die bevorstehende Nachkriegszeit in außenwirtschaftlicher Beziehung nutzbar zu machen, ganz abgesehen von der verstärkten ideologischen und propagandistischen Tätigkeit der verschiedenen Institutionen des Staates, der NSDAP und wissenschaftlicher Einrichtungen, um die alliierten Nachkriegsvorstellungen zu diffamieren und die Rolle Hitlerdeutschlands als Ordnungsfaktor gegen die „bolschewistische Gefahr“ aus dem Osten hervorzuheben. Interessant wären auch genauere Untersuchungen über die personelle Kontinuität aus dieser Zeit der Nachkriegsplanungen bis zum sogenannten Wirtschaftswunder in den drei westlichen Besatzungszonen nach Kriegsende. Hier tauchen nicht nur Namen wie Ludwig Erhard und Karl Blessing als späterer Präsident der westdeutschen Bundesbank auf, auch Mitarbeiter auf unteren Ebenen bekamen Gelegenheit, ihre damals geborenen wirtschaftspolitischen Grundsätze umzusetzen<sup>62</sup>, wenn auch unter einer ganz anderen internationalen Kräftekonstellation.

---

<sup>62</sup> Vgl. K. Albrecht, *Das Menschliche hinter dem Wunder. 25 Jahre Mitwirkung am deutschen Wirtschaftsaufbau*. Düsseldorf/Wien 1970.